

Zwei Dinge macht der gute Bericht des Europaministers deutlich:

1. Baden-Württemberg ist mitten in Europa verankert
2. Baden-Württemberg nimmt Verantwortung für Europa wahr

Letzteres kann man von Frau Merkel nicht behaupten!

Die deutsche Bundesregierung handelt in Brüssel nicht so, wie sie es hier in Deutschland vorgibt:

Die alte Bundesregierung hat in Brüssel wieder und wieder die zügige Entwicklung der Kriseninstrumente ausgebremst.

Gerade beim letzten Gipfel mussten die Mitgliedstaaten wieder einmal verwundert feststellen, wie groß der Einfluss der Automobillobby zu Hause auf die Bundesregierung ist:

Die in Brüssel mühsam ausgehandelten Grenzwerte für Co 2-Emissionen für Neuwagen wurden kurzerhand durch Frau Merkel auf Eis gelegt.

In Deutschland setzt sich die CDU-Regierung für eine Bankenunion ein und in Brüssel verweigert Minister Schäuble den versprochenen und nötigen Schritt der Bankenabwicklung.

Plötzlich braucht es seiner Sicht nach eine Änderung der Europäischen Verträge und plötzlich gerät ein wichtiges Kriseninstrument ins Straucheln.

Überhaupt kündigte die Bundeskanzlerin am 18.9.2013 im Handelsblatt fast unbemerkt einen Kurswechsel ihrer Europapolitik an:

Der Kurs geht demzufolge weg von „Mehr Europa“ zu „soviel Europa wie nur unbedingt nötig.“

Die Bundeskanzlerin brüskiert damit die mit den Lissabonner Verträgen 2009 eingeleiteten Schritte in Richtung Demokratisierung.

Wir wollen soviel Europa, wie möglich – weil es den Frieden sichert.

Wenn wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger wieder Vertrauen haben in Europa, dann muss Transparenz hergestellt und die Bankenaufsicht und Finanstransaktionssteuer auf den Weg gebracht werden , statt sie zu verzögern .

Und wir brauchen eine Regierung, die klar Kurs hält für die europäische Integration und die Fortentwicklung des EU-Vertrags.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Auch innenpolitisch haben wir von der Bundesregierung in den letzten Jahren Zögern, Zaudern und eine oftmals mutlos zurückgewandte Politik vorgeführt bekommen:

Wiederholt hat die Europäische Kommission die Bundesregierung angemahnt, überfällige Strukturreformen endlich anzugehen und sozial- und gesellschaftspolitische Modernisierung auf den Weg zu bringen, etwa die Abschaffung des Ehegattensplittings und des Betreuungsgelds.

Auch die Empfehlung der EU-KOMMISSION, den Niedriglohnsektor abzubauen, wurden ignoriert: obwohl 22,2 % der in Deutschland Beschäftigten Niedriglöhne erhalten. Deutschland liegt hier nach Auskunft der Böcklerstiftung an der Spitze der EU.

Und zuletzt hat sich die Bundesregierung aus ihrer Sicht erfolgreich für Kürzungen des Mehrjährigen Finanzrahmens 2014-2020 der EU eingesetzt, aber völlig offen gelassen, wie die Mitgliedstaaten und bis hin zu den Bundesländern diese Kürzungen kompensieren sollen.

Diese einseitig auf Sparen ausgerichtete Politik der Bundesregierung ist mitverantwortlich für die Spannungen in Ländern wie Griechenland, Spanien und Portugal!

Die sozialen Spannungen und die Jugendarbeitslosigkeit in diesen Ländern sind Zeitbomben, die zügig entschärft werden müssen.

Hierzu müssen auch Wachstumsimpulse gesetzt werden, die vor allem im erneuerbaren Energienbereich liegen können:

Gerade Griechenland, Spanien und Portugal haben überdurchschnittlich hohe Ausgaben für Erdöl und Erdgas – bis zu 80% der Energieausgaben.

Diese Ausgaben belasten deren Staatshaushalte **und** deren Bürgerinnen und Bürger.

Diese Ausgaben können gesenkt werden mit Solaranlagen und Windrädern, die zumindest zum Teil auch in diesen Ländern produziert werden.

**Hier werden zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen:
Staatsausgaben mindern und Arbeitsplätze schaffen.**

Sehr geehrte Damen und Herren,

Baden-Württemberg nimmt seine europäische Verantwortung auf vielfältige Weise wahr .

Und wir werden dies auch weiterhin berechenbar tun.

Sie können es im Europabericht der Landesregierung nachlesen:

Wir werden für die nun erzielten Fortschritte innerhalb der Donaunraumstrategie von der Europäischen Kommission ausdrücklich gelobt.

Baden-Württemberg setzt sich auch beim Beitrittskandidaten Serbien ein, damit dieses Land nach Kroatien auch an Europa herangeführt wird.

Ich habe mir in Novi Sad selbst ein Bild von der Arbeit Baden-Württembergs gemacht und halte dies für einen wichtigen Beitrag europäischer Integrationsarbeit.

Doch genauso wie bei der Türkei sehen wir in Serbien kritische Punkte und Verbesserungsbedarf, bis ein Beitritt erfolgen kann.

Aber dafür müssen wir miteinander reden!

Wir wenden uns entschieden gegen die Absicht der CDU, die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei abubrechen.

Das Beispiel des unlängst beschlossenen Anerkennungsvertrags zwischen Kosovo und Serbien zeigt, dass die EU hier ganz konkret Friedenssicherung betreiben kann.

Aber auch in der Grenzüberschreitenden Zusammenarbeit engagiert sich Baden-Württemberg in Politik und Wirtschaft, wenn Sie die Aktivitäten unserer Kammern und unseren Beschluss für ein Fachkräfteabkommen mit Katalonien berücksichtigen.

Der Bericht der Landesregierung zeigt, dass die Kontakte zwischen den vier Motoren Europas unter Baden-Württembergischer Präsidentschaft wieder gut laufen.

Dem steht ein zauderndes Krisenmanagement der Kanzlerin gegenüber, die sich erst durch eine erfolgreiche Klage der grünen Bundestagsfraktion wieder an die Verfassung der Bundesrepublik erinnerte:

Schliesslich wurde die Bundesregierung vom höchsten deutschen Gericht korrigiert, damit das Parlament und die Länder in Deutschland wieder in grundgesetzkonformer Weise bei europäischen Entscheidungen eingebunden werden.

Die vielen bilateralen Verträge zwischen Regierungen ohne Mitwirkung des Europaparlaments entsprechen nicht unserem Verständnis eines demokratischen Europas und verstoßen gegen unsere Verfassung.

Wir sind froh, dass dies in Baden-Württemberg demokratischer abläuft und wir heute, aber auch in den Ausschusssitzungen, durch die Landesregierung gut informiert werden.

Herzlichen Dank für den Bericht des Ministers und Ihre Aufmerksamkeit.